Deutsche Farmer, tretet den co-operativen Einkaufs-Genossenschaften der Getreidebauer bei!

In der ersten Juni Woche fanden in Markinch, Kronsberg, Southey und Earl Grey Versammlungen statt, bei denen die Herren J. B. Musselman, Centralsekretär der Getreidebauervereinigung, und C. E. Eymann, Organisator des Deutsch-Canadischen Provinzial Verbandes, Ansprachen hielten.

Was uns bei dieser Gelegenheit besonders angenehm auffiel, war die Tatsache, daß die englisch sprechenden Farmer überall großen Wert darauf zu legen schienen, daß ihre deutsch sprechenden Landesgenossen mit ihnen gemeinsam am weiteren Ausbau der Farmerorganisation arbeiten möchten. Das Entgegenkommen, das den deutsch sprechenden Farmern gezeigt wurde, war ein weitgehendes und allem Anschein nach ehrlich gemeintes und herzliches. An diesem Urteil kann uns auch der eine Herr in Earl Gren nicht irre machen, der in äußerst kleinlicher Engherzigkeit gegen den Gebrauch der deutschen Sprache gelegentlich der dortigen Versammlung protestierte. Das in der Versammlung in Earl Gren anwesende englisch sprechende Publikum, besonders President Bene, Sekretär Close und Munizipalitätssekretär Morrison, machten es in unzweideutiger Weise klar, daß die Einwendungen des langen Kriegsfanatikers unerwünscht und unberechtigt waren. Immerhin hatte der Zwischenfall zur Folge, daß in dieser Versammlung weniger als sonst üblich über die Arbeit der Farmerorganisationen besonders über die jetzt im Vordergrund des Interesses stehende Genossenschaftsarbeit gesprochen wurde, und daß dafür Themen zur Behandlung gelangten, wie Patriotismus für Canada und das britische Weltreich, die Stellung der Deutsch-Canadier im gegenwärtigen Kriege usw. Es erscheint uns, daß eine derartige Debatte vielleicht mehr wünschenswert, sicherlich aber gerade so notwendig war, wie Aufklärung über Getreidehandel und genossenschaftlichen Einkauf. Mit wirklichem Genuß hörten wir Herrn Musselman's großzügige, von idealem Gedankenschwung getragene Rede. Zunächst verstand er es, in geschickter Weise das Interesse der Zuhörerschaft zu fesseln. Dann führte er sie ganz sacht und allmählich aber mit sicherer Meisterschaft der Rede aus dem engen Kreisen täglichen Wirkens und Denkens heraus und hinauf zu größeren Problemen, zu einer freieren und höheren Auffassung menschlicher Arbeit und des Zieles derselben. Mit ehrlicher und wuchtiger Begeisterung gab er seine Gefühle als Canadier und Bürger des britischen Weltreiches kund. Er wandte sich gegen kleinlichen Rassen- und Nationalitätenhaß und für ein Zusammengehen aller Canadier. Der schlichte Mann, dessen beste Schule, wie er selbst sagte, die 13 Jahre darstellten, in denen er als Farmer hinter dem Pfluge herschritt und hauptsächlich durch eigenes Nachdenken eine gefestigte auf sicheren Grundlagen ruhende Welt- und Lebensanschauung gewann, war in dieser Versammlung nicht nur der energische, zielbewußte und erfolgreiche Vorkämpfer für die Interessen seiner Standesgenossen, sondern im besten Sinne ein Aufbauer des britischen Weltreiches.

Wir sind überzeugt, daß die Versammlung in Earl Grey die canadischen Bürger verschiedener Abstammung im dortigen Distrikt einander näher gebracht und dazu beigetragen hat, ein besseres Verständnis und gegenseitiges Vertrauen für gemeinsame Arbeit herzustellen. Organisator Eymann sprach über die Stellung der Deutsch-Canadier im gegenwärtigen Kriege und bewies an Hand zahlreicher Beispiele, daß sich unsere Deutsch-Canadier seit Ausbruch des Krieges durch Rat und Tat als treue und zuverlässige Bürger Canadas bewiesen haben. Er führte aus, worin seiner Meinung nach hauptsächlich das Gute u. der Wert britischer Institutionen liege und was man unter britisch „Fair Play" verstehe. Auch seine Ausführungen fanden den stürmischen Beifall der Versammlungsteilnehmer deutscher sowohl wie englischer Abstammung.

Da nun die eigentliche Aufgabe der Versammlung, aufklärend über die genossenschaftliche Arbeit der Getreidebauer zu wirken, nicht ganz zu ihrem Recht gekommen war, seien hier einige Ausführungen über diese Sachen gegeben.

Wir organisieren, weil im Zusammenschluß, in der Organisation, Macht liegt. „Vereint wird auch der Schwache mächtig!" In allen Staaten haben wir im Laufe des letzten Jahrhunderts die Erfahrung konstatieren können, daß die Angehörigen eines Staates nur durch stramme, gut ausgebaute Organisation ihre Interessen wirksam vertreten und ihre Ziele erreichen können. Die Farmer des canadischen Westens haben genau dieselbe Erfahrung gemacht. Als vor nunmehr reichlich 15 Jahren die Organisation ins Leben gerufen wurde, war es eine der ersten Aufgaben dieser Organisation, die gesetzlichen Bestimmungen, die den Getreidehandel regeln, im Interesse des Farmers zu verbessern. Nur dem zielbewußten Eintreten der Farmer-Organisation ist es zu verdanken, daß die unbegründete Herrschaft der Elevator-Gesellschaften gebrochen wurde und der Farmer durch gesetzliche Bestimmungen ein besseres Recht erhielt. Das Kapital des Ostens, die ungeheure Macht organisierten Geldes, die unsere Elevatorgesellschaften, unsere Banken, unsere Farmmaschinerie-Kompagnien usw. kontrollierten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade in ihre Schranken zurückgewiesen. Dieser Organisation des Kapitals kann der Farmer des Westens nur die Organisation der Masse entgegen setzen. Deshalb ist es von so großer Wichtigkeit, daß die Farmer-Organisation jeden einzelnen Angehörigen des Farmerstandes zu ihren Mitgliedern zählt.

Vor einigen Jahren verlangten die Farmer der Provinz Saskatchewan ein Gesetz, um von ihrer Organisation aus gemeinschaftlich auf genossenschaftlichem Wege den Einkauf der Bedürfnisse des Farmers wie auch wenn irgend möglich den gemeinsamen Verkauf von Farmprodukten zu erledigen. Die Provinzial-Regierung erfüllte die Wünsche des Farmers und brachte vor etwa zwei Jahren ein Genossenschaftsgesetz ein, das vom Provinzial-Parlament angenommen wurde. In der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Parlaments werden an diesem Gesetz auf Wunsch der Farmer-Organisation wesentliche Verbesserungen vorgenommen, die dazu angetan sind, die Arbeit der Organisation auf dem Gebiet genossenschaftlichen Ein- und Verkaufs wesentlich zu erleichtern.

Ueberall werden jetzt die sogenannten co-operativen Vereinigungen gegründet. Wir können unseren deutschen Farmern in ihrem eigenen Interesse nur auf das dringendste raten, diesen Organisationen beizutreten. Eine Anzahl der Ortsgruppen des D. C. P. V. haben ebenfalls co-operative Vereinigungen der Getreidebauer gegründet und haben damit die besten Erfahrungen gemacht. Einzelne unserer Freunde teilten uns mit, daß sie auf diese Weise an ihren Einkäufen während eines einzigen Jahres die hübsche Summe von $200.00 bis $300.00 gespart haben. Wenn man bedenkt, daß unsere Freunde, die diesen Schritt bereits unternommen haben, z. B. für eine Tonne Kohlen anstatt $10.00 nur $5.75, für ein Faß Aepfel anstatt $6.00 nur etwa $3.00 zu zahlen hatten, liegt es auf der Hand, daß die jährliche Ersparnis eine sehr bedeutende sein muß.

Was haben unsere deutschen Farmer nun zu tun, um sich die gleichen Vorteile zu sichern? Kaufen Sie einen oder mehrere Anteilscheine (Shares) der co-operativen Vereinigung ihres Distrikts. Sie zahlen auf diesen Anteilschein etwa $5.00 an. Der Rest des Kaufpreises eines solchen Anteilscheines wird dann in den allermeisten Fällen von Jahr zu Jahr aus den Ueberschüssen der Vereinigung ausgezahlt. Ist der ganze Anteilschein bezahlt, so erhält der Farmer nach der jährlicher Abrechnung seinen Gewinn in Bar ausgezahlt. Aber nicht darin liegt der Vorteil und Gewinn der Sache in erster Linie. Der Hauptvorteil liegt in der Tatsache, daß die Centrale der Getreidebauer-Vereinigung die genossenschaftlich organisierten Farmer mit den Leuten in direkte Verbindung bringt, die die Sachen herstellen, die der Farmer kaufen muß. Auf diese Weise verkehren durch Vermittelung der Centrale Produzent und Konsument direkt und der Farmer behält die hohen Profite, die sonst der Zwischenhandel durch drei oder vier Hände verursacht, selbst in der Tasche.

Die auf den Anteilschein angezahlten $5.00 (je nach der Art und Weise wie die co-operative Vereinigung organisiert ist, kann dieser Betrag höher oder niedriger sein) bleiben in der Kasse der Vereinigung des betreffenden Distrikts und werden als Geschäftskapital gebraucht, um den ersten gemeinschaftlichen Einkauf zu bewerkstelligen.

In Earl Grey wird Herr W. H. Close, der Sekretär der Vereinigung, in nächster Zeit auch unsere deutschen Farmer im dortigen Distrikt aufsuchen, um sie für die Sache des Farmerstandes zu gewinnen. Jeder schließe sich an. Es handelt sich nicht um eine auf schwachen Füßen stehende Neugründung, sondern um den Beitritt zu einer starken, bereits gut ausgebauten Organisation, die über die ganze Provinz verbreitet ist, sich in vielen Distrikten vorzüglich bewährt, und bereits schöne und große Erfolge aufzuweisen hat. Unsere Freunde in Markinch, Sorthey und Kronsberg-Dysart haben bereits erklärt, daß sie sich ebenfalls durch Beitritt zu den co-operativen Vereinigungen ihrer Distrikte in dem Farmer auf diese Weise gebotenen Vorteile sichern werden. In allen anderen Distrikten unserer Provinz, in denen sich unsere deutschen Farmer noch nicht angeschlossen haben, sollten sie es unverzüglich tun, oder die Gründung co-operativer Vereinigungen selbst in die Hand nehmen. Der Provinzialverband, vor allem aber die deutsche Abteilung der Getreidebauer-Vereinigung (Grain Grower's Association) in Moose Jaw, Sask., ist gern bereit, diese Arbeit jederzeit mit Rat und Tat zu unterstützen und alle gewünschte Information zu erteilen.

Hoffen wir, daß auch der deutsche Farmer Saskatchewans endlich aufwacht und den Wert gemeinsamer Arbeit, den Nutzen einer starken Organisation begreift. Das kann nur zu seinem eigenen Heil und Vorteil dienen, und der Farmer, der das ganze Jahr hindurch schwer zu arbeiten hat und die Grundlage unseres gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens im canadischen Westen bildet, hat es verdient, endlich auch selbst die Früchte seiner schweren Arbeit zu ernten.

Zum Schutze des Farmers

In letzter Woche wurde den Volksvertretern Saskatchewans, die augenblicklich im Parlament in Regina zu einer Sitzung versammelt sind, der Bericht der Königlichen Kommission vorgelegt, die mit einer gründlichen Untersuchung der Art und Weise betraut worden war, in welcher der Verkauf von Farmmaschinen in der Provinz Saskatchewan bisher gehandhabt wurde.

Klagen von Farmern wegen Uebervorteilung und teilweise rücksichtsloser Behandlung seitens verschiedener Farmmaschinen Gesellschaften hatten sich in den letzten Jahren dermaßen gehäuft, daß es die Provinzialregierung für unbedingt erforderlich erachtete, den hiesigen Landwirten ihren Schutz gegen diese Companien angedeihen zu lassen. Den ersten Schritt in dieser Richtung tat sie, indem sie einer Königlichen Kommission den Auftrag erteilte, die bestehenden Zustände zu untersuchen und Mittel und Wege in Vorschlag zu bringen, durch welche etwaige Mißstände ein für allemal beseitigt werden können.

Die Untersuchung der Kommission erstreckt sich über einen großen Zeitraum und wurde in fast allen Teilen der Provinz angestellt, und zwar in der Weise, daß die Farmer der einzelnen Distrikte ihre Beschwerden und eventuelle Vorschläge persönlich vorbringen konnten. Wertvolle Informationen wurden in den von der Kommission angesetzten Sitzungen in den ländlichen Distrikten der Provinz gesammelt, und die persönlichen Erfahrungen der Heimstätter zeigten der Regierungsvertretern bald, wo der Hase im Pfeffer liegt, wie man so zu sagen pflegt. Die Agenten der großen Gesellschaften, die selbstverständlich mit allen Wassern gewaschen sind — denn sonst würden sie von den Companien nicht als Reisende ausgeschickt werden — machten sich die Notlage und teilweise Unerfahrenheit des Heimstätters zunutze und banden ihm Maschinen auf, die für denselben mitunter vollständig wertlos waren, da sie absolut nicht den Zweck erfüllten, für welchen sie gekauft worden waren. Vor allem wurden derartige Fälle unter den eingewanderten Heimstättern festgestellt, die der englischen Sprache noch nicht mächtig genug waren, um den Ausführungen des zungengewandten Agenten in allen Einzelheiten zu folgen. Hatte der Heimstätter erst einmal den Kontrakt unterschrieben, dann war er der Gesellschaft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, d. h. er mußte nehmen, was er in Wirklichkeit garnicht haben wollte, jedoch auf dem komplizierten Kaufkontrakt, der er vielleicht garnicht übersetzen konnte, unterzeichnet hatte. Dazu kam, daß er sich zu Zahlungsbedingungen verpflichtete, denen er niemals nachkommen konnte, sobald mal etwas auf seiner Farm schief ging. Erst hinterher, wenn die Gesellschaft begann, ihn zu drängen und auf Zahlung zu bestehen, wurde es meistens dem Farmer klar, daß er sein eigenes Todesurteil unterschrieben hatte. Dann kam der Scherif und machte alle Zukunftspläne des ehrlichen Farmers zuschanden, der sich durch mühevolle Arbeit den Grundstock zu späterem Wohlstand gelegt hatte.

Mitunter hatten Farmer sogar ihr ganzes Besitztum an eine Maschinen-Gesellschaft verpfändet, und so ereignete es sich nicht selten, daß sie eines schönen Tages mit Frau und Kind, die von all diesen Transaktionen nicht das Geringste erfahren hatten, bis schließlich der Unglückstag gekommen war, ihr Heim zu verlassen gezwungen wurden. Derartige Zustände zu beseitigen, ist nur durch gesetzliche Maßnahmen möglich, und deshalb warf sich die Scott Regierung wiederum zum Beschützer der Interessen der Farmer Saskatchewans auf.

Einer der wichtigsten Vorschläge, welche die Kommission jetzt auf Grund ihrer Untersuchung gemacht hat, besteht darin, daß Maschinen Gesellschaften gezwungen werden sollen, sich in Zukunft bei sämtlichen Verkäufen eines von der Regierung im Wortlaut festgesetzten Kontraktes zu bedienen, der dem Farmer vollen Schutz und zugleich eine Garantie für die Güte, Bauart und Brauchbarkeit der Maschine oder des Farmgerätes geben wird. Auf diese Weise wird künftighin falschen Angaben kommissionssüchtiger Agenten vorgebeugt, für welche die meisten Companien bisher jede Verantwortung abgelehnt haben.

In ihrem Vorhaben, den Farmer gegen Uebervorteilung zu schützen und vor Verlusten und Ruin zu bewahren, will die Scott Regierung sogar noch weiter gehen. Den Maschinen Gesellschaften soll es nicht mehr erlaubt sein, vor Ablauf von sechs Monaten, vom Tage der Ablieferung der Maschine oder des Farmgerätes an gerechnet, Land als Sicherheit zu nehmen. Sein Land mit Hypothezien zu belasten, kann für den Farmer schwere Folgen haben, und deshalb soll ihm genügend Zeit gegeben werden, sich diesen Schritt reiflich zu überlegen, damit er keine Verpflichtungen eingeht, die später sein Verderben werden könnten. Solange der Reisende der Maschinen Gesellschaften dem Farmer auf dem Kacken sitzt, wird letzterer kaum oder zum mindesten in den wenigsten Fällen Gelegenheit finden, den beabsichtigten Kauf mit seiner Frau zu besprechen, wohl dürfte er es jedoch tun, wenn er die gekaufte Maschine auf seinem Hof hat und im Verlauf der sechs Monate wegen Geldverlegenheit Mittel und Wege finden muß, um den Verkäufer zu befriedigen. Im Kreise seiner Familie wird er dann diese wichtige Frage erörtern, und ist seine Frau von der Notwendigkeit, Inventar oder Farmland als Sicherheit zu geben, überzeugt, so wird sie auch ohne Zweifel in einen solchen Schritt einwilligen. Und das ist gerade, was die Scott Regierung anstrebt: Die Einwilligung der Gattin des Farmers, Geschäftstransaktionen mit der Farm vorzunehmen. Unsere Regierung steht auf dem durchaus richtigen Standpunkt, daß die Frau und die Familie zu einem Anteil an der Farm berechtigt ist, und daß die Familie eines Farmers nicht etwa leiden soll, weil der Vater eine verfehlte Transaktion in seiner zu großen Vertrauensseligkeit gemacht hat. Die Familie des Farmers soll gegen skrupellose Agenten geschützt sein, und dieses Schutzes bedürfen in allererster Linie die aus Europa eingewanderten, nicht Englisch sprechenden Farmer.

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

Erscheint jeden Mittwoch.

Extrablatt

Kriegs- und Spezialnachrichten des „Courier"

Erscheint jeden Sonnabend.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Pub. Co., Ltd."

C. E. Eymann, Geschäftsführer u. Redakteur

Redaktion, Expedition und Druckerei: 1835 Halifax Strasse Regina, Sask. In der Nähe des Marktplatzes. P. O. Box 505. Telephon Nr. 3391.

Abonnementspreise:

„Der Courier"

In Canada (Jahresabonnement) $1.00
In d. Ver. Staaten (Jahresabonnement) $1.50
In Europa (Jahresabonnement) $2.00

„Extrablatt"

nur gegen Vorausbezahlung $1.00 jährlich

Anzeigenraten:

Anzeigenraten für beide Publikationen unserer Co. werden auf Verlangen gern mitgeteilt.

Neue Ratenkarte gibt volle Information.

Besondere Raten für „Kleine Anzeigen" wie: Auktionen, Farmverkäufe, Stellen- und Heiratsgesuche, Verlangt, Verloren, Gefunden, Entlaufen, Zugelaufen, Verpachten u.s.w., sowie kurz gefaßte Geschäftsadressen, gegen Vorausbezahlung:

Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig . . 50 Cents
Für die zweite Insertion . . . . . 25 Cents
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig . . 75 Cents
Für die zweite Insertion . . . . . 50 Cents
Für jede weitere Anzeige dieselben Beträge.

Berichte und Mitteilungen für den Redakteur, sowie Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedelungen werden jederzeit gern aufgenommen.

Die Leser werden gebeten, Adressen-Aenderungen sofort mitzuteilen und dabei die alte und die neue Adresse anzugeben; ebenso bittet die Expedition um sofortige Benachrichtigung, falls eine Zeitung einmal ausbleibt oder verspätet eintrifft.

UNION LABEL

Der Farmer ist Saskatchewans größte, ja vielleicht sogar einzigste Stütze. Daß unsere liberale Regierung von dieser Tatsache voll und ganz überzeugt ist, zeigen die vielen Maßnahmen, die sie

W. W. Cooper,

der Präsident und Leiter des bedeutenden Cooper Warenhauses in Swift Current,

im ausschließlichen Interesse des Farmers getroffen hat. Je größere Berücksichtigung dem Farmer geschenkt wird, je mehr er durch fortschrittliche Gesetzgebung und energische Schutzmaßregeln unterstützt wird, um so schneller wird unsere Provinz und vor allem der Farmerstand auf eine gesunde und feste Basis kommen. Und dahin geht das Streben unserer Regierung.

Die neuesten Maßnahmen, welche die Scott Regierung auf Grund des Befundes der Königlichen Kommission ergreifen wird, werden bei den Maschinen Companien wohl herzlich wenig Beifall finden, um so mehr aber bei unserer deutschen Farmern.

Kinder Schreien
NACH FLETCHER'S
CASTORIA

Amerikanischer Staatssekretär Bryan

(Fortsetzung von Seite 1.)

dieses gefährlichen Systems so klar enthüllt worden, als gerade jetzt. Die zivilisiertesten und erleuchtetsten, ja, die christlichsten Nationen Europas ringen miteinander in einem Kampf auf Leben und Tod.

Sie opfern die besten und mutigsten ihrer Söhne auf dem Schlachtfeld. Sie verwandeln ihre Gärten in Friedhöfe und ihre Häuser in Trauerstätten. Sie besteuern den Reichtum der Gegenwart und legen eine Bürde von Schulden auf die Arbeit der Zukunft. Sie haben die Luft mit Donnerkeilen angefüllt, die noch tödlicher sind, als die, welche Jupiter schleudert und haben den Gefahren der Tiefe noch neue hinzugefügt. Indem sie frische Kohlen in die Flammen des Hasses warfen, haben sie täglich neue Schrecken erfunden, bis die eine Seite sich bemüht, friedliche Männer, Frauen und Kinder auf hoher See zu ertränken während die andere Seite versucht, friedliche Männer, Frauen und Kinder auf dem Lande auszuhungern.

Und sie haben sich so in Vergeltungsmaßregeln und gesteigerten Greueltaten hineingerannt, daß es so scheint, als ob sie für den Augenblick für die Rechte der Neutralen blind und für die Appelle der Humanität taub geworden sind. Einen Baum erkennt man an seinen Früchten.

Der Krieg in Europa ist die ausgereifte Frucht des alten Systems.

Dies hat Festigkeit unterstützt durch Macht, in der Alten Welt hervorgebracht. Sollen wir nun diesen Dingen erlauben, den atlantischen Ozean zu kreuzen? Die Jingos unseres eigenen Landes haben bereits von den Kriegshunden die Tollwut bekommen. Sollen nun die Gegner organisierten Mordes sich ausschweigen, während die Seuche um sich greift?

Als einfacher Nachfolger des Friedefürsten, als überzeugter Glaubender an die Prophezeiung, daß „wer das Schwert ergreift, auch durch dasselbe umkommen soll", bitte ich darum, mich unter jene zu rechnen, die ernstlich für die Annahme eines Kurses eintreten, der keinen Zweifel darüber läßt, daß unsere Regierung willig ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis ein Einvernehmen erzielt ist oder wenigstens bis die Schrecken des Krieges vorüber sind und wir appellieren können von dem Philipp, der vom Blute trunken war, an den Philipp, der wieder nüchtern geworden ist, durch die Erinnerung an eine historische Freundschaft und durch die Aufzählung der zahllosen Verwandtschaftsbande, die das Vaterland mit den Ver. Staaten zusammenknüpfen.

Eine Nation muß die Welt aus der finsteren Nacht des Krieges in das hell Licht des Tages einführen, da die Schwerter in Pflugscharen verwandelt werden. Warum sollen wir nicht die Ehre annehmen? Einmal — warum nicht jetzt? — werden die Nationen erkennen, daß dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann — daß guter Wille nicht auf dem Baum der Rechtsverletzung wächst. Einmal werden die Nationen ihr Vertrauen auf die Liebe gründen, einer Waffe, für die es keinen Schild gibt. Auf Liebe, die sich nicht schnell erbittern läßt, die alles trägt, alles glaubt, alles hofft, alles überdauert. Auf Liebe, die, obgleich von den Anbetern des Mars als Schwäche verdächtigt, bleibt, wenn alles andere untergeht.

(gez.) W. J. Bryan."

Bryan an die Deutsch-Amerikaner

Washington. — William Jennings Bryan hat einen Appell an die Deutsch-Amerikaner veröffentlicht, in dem er um Mitarbeit zur Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Ver. Staaten u. Deutschland ersucht und empfiehlt, daß sie ihren Einfluß gebrauchen möchten, die deutsche Regierung zu veranlassen, daß sie keinen Schritt unternehmen möchte, der zum Kriege führen könnte.

Wortlaut der Erklärung Bryans

Die Erklärung Bryans hat folgenden Wortlaut:

„An die Deutsch-Amerikaner! Gestatten Sie mir, mich als ein amerikanischer Bürger an meine Mitbürger zu wenden, von deren Patriotismus ich vollkommen überzeugt bin. Es ist natürlich, daß in einem Konflikt zwischen Ihrem Vaterlande und anderen europäischen Mächten Ihre Sympathien dem Lande Ihrer Geburt gehören sollten. Daß es so ist, ist keine Ursache zum Tadeln. Es würde ein schlechtes Licht auf Sie werfen, wenn es nicht so wäre. Sympathisieren nicht auch die Söhne Großbritanniens mit ihrem Mutterlande? Sympathisieren nicht auch Frankreichs Söhne mit ihrem Lande? Trifft dasselbe nicht auch auf Rußland und Italien zu? Warum sollte man dann den in Deutschland oder Oesterreich Geborenen diese Sympathie absprechen? Das Uebel bei den Extremen auf beiden Seiten ist, daß sie natürliche Sympathie mit ihrem Geburtslande mit Disloyalität gegen dieses Land verwechselt haben.

Der Präsident ist von den Vertretern beider Seiten ungerecht kritisiert worden — der beste Beweis für seine Neutralität. Wenn er die Regierung zur Zufriedenheit beider Seiten geleitet hätte, hätte er nicht nur Erstaunen erweckt, sondern auch böse Ahnungen hervorgerufen. Parteigänger haben eben kein unparteiisches Urteil. Sie schauen notwendigerweise auf die Frage von ihrem eigenen Gesichtspunkt aus, verabreichen Lob oder Beschuldigung, ganz nach der Handlung, ohne den wahren Charakter in Betracht zu ziehen, helfen oder verletzten die Seite, auf die sie sich gestellt haben.

Daß die Administration mehr Klagen und Kritik von Deutsch-Amerikanern erfahren hat als von den Begünstigern der Alliierten hat darin seinen Grund, daß, da nach dem Völkerrechte beide Seiten das Recht haben, Munition in den Ver. Staaten zu kaufen, die Alliierten wegen der Kontrolle des Meeres im Vorteil sind.

Unglücklicherweise haben die, welche für Deutschland Partei ergriffen, die gesetzlichen Erfordernisse der Situation übersehen und daher die Haltung der Administration mißverstanden. Die Haltung der Administration ist nicht nur durchaus neutral gewesen, sondern sie hätte ohne Verletzung der Bestimmungen der Neutralität auch garnicht anders handeln können. Diese Regierung kann während des Krieges nicht die Regeln des Völkerrechts ändern. Jede Aenderung ist besprochen worden nicht nur inbezug auf seine Vorzüge als einer abstrakten Proposition, sondern auch inbezug auf die Wirkung des Konfliktes. Alle, die eine Sperre der Munitionslieferungen empfahlen, taten es mit der Begründung, daß der Friede dadurch beschleunigt würde. Doch es ist merkwürdig, daß diese Verteidiger ganz übersehen konnten, daß der Friede dann nur durch Unterstützung der einen Seite beschleunigt würde. Während die Angriffe auf den Präsidenten seitens der Extremen beider Seiten ganz ungerecht waren, war es ebenso ungerecht, den Patriotismus derjenigen zu verdächtigen, die eine bestimmte Seite begünstigten. Ich bin gut genug bekannt mit den in Europa geborenen Amerikanern, daß ich weiß, daß im Falle eines Krieges zwischen diesem Lande und einer europäischen Macht sie ebenso schnell sich unter die Waffen begeben würden als hier geborene Amerikaner. Da ich jetzt die Deutsch-Amerikaner anrede, freue ich mich, in der Oeffentlichkeit wiederholen zu können, was ich privatim oft genug betont habe und was ich früher schon öffentlich ausgesprochen hätte, wenn es in meiner amtlichen Stellung nicht unangebracht gewesen wäre, nämlich, daß im Falle eines Krieges zwischen den Ver. Staaten und Deutschland — wenn eine solch unmögliche Annahme erörtert werden kann — Deutsch-Amerikaner ebenso schnell sich ins Heer einreihen lassen würden und ebenso treu zur Fahne stehen würden, als andere Teile des Volkes. Was ich inbezug auf die Deutsch-Amerikaner gesagt habe, ist eine Einleitung zu einem Appell, den ich zu machen mich gezwungen sehe.

Erstens — Wenn irgend jemand in einem Augenblick der Leidenschaft und Aufregung den Präsidenten des Mangels an Neutralität und Freundschaft gegen die deutsche Regierung beschuldigt hat, so möge er es vergessen, auf immer vergessen. Ich habe seit meinem Rücktritt zahlreiche Telegramme von Deutsch-Amerikanern und deutsch-amerikanischen Vereinen erhalten. Ich glaube die Absender verstehen meine Stellung. Doch damit mich niemand mißverstehe, lassen Sie es mich wiederholen. Der Präsident wünscht nicht nur Frieden, er erhofft ihn und hat Wege eingeschlagen, die nach seiner Ansicht am besten zu einem solchen führen können. Wir differieren nur in den Methoden, nicht in den Zielen. Und es ist seit meinem Rücktritt mein Bemühen, die öffentliche Meinung zur Unterstützung des Präsidenten in der Arbeit zur Aufrechterhaltung des Friedens, oder um eine bekannte Phrase zu gebrauchen, eines ehrenhaften Friedens aufzurufen.

Bedenken Sie aber wohl, daß, wenn ich die Phrase „ehrenhaften Frieden" gebrauche, ich sie nicht in demselben Sinne anwende, wie jene, die jeden Gegner des Krieges als einen Begünstiger eines Friedens um jeden Preis bezeichnen. „Frieden um jeden Preis" ist ein Beiwort, keine wahre Erklärung über irgend jemandes Stellung oder über die Politik irgend einer Gruppe. Diese Worte stammen von Jingos und sind ein Ausdruck der Verachtung und sollen alle diejenigen verdächtigen, welche davon überzeugt sind, daß zwischen zwei Nationen, die beide Frieden wünschen, die Nationen die Fähigkeit haben, einen Weg zu friedlicher Beilegung des Streites zu finden. Die Lärmmacher des Landes haben die metropolische Presse beherrscht und laut verkündet, daß eine Verlängerung der Verhandlungen oder die Anregung eines internationalen Schiedsgerichts ein Zeichen von Schwäche sei — und alles so Schwäche, was nicht einen Wink zum Kriege enthalte. Die Jingos sehen in dem Regenbogen des Versprechens nur eine Farbe — die rote.

Zweitens — Da ich weiß, daß der Präsident Frieden wünscht, ist es Ihre Pflicht ihm zu helfen. Aber wie? Dadurch, daß Sie Ihren Einfluß gebrauchen, die deutsche Regierung von dieser Tatsache zu überzeugen und jene Regierung zu ersuchen, keinen Schritt zu unternehmen, der zum Kriege führen könnte. Ich befürchte, daß die deutsche Regierung, eine friedliche Lösung nicht für möglich haltend, die diplomatischen Beziehungen abbrechen und so eine Situation schaffen mag, aus welcher unabsichtlich sich ein Krieg entwickeln mag. Ich bitte Sie nicht, den Ernst der Note des Präsidenten herabzumindern — das würde unfair gehandelt sein, sowohl gegen Deutschland als auch gegen den Präsidenten. Das Versenken der „Lusitania" kann nicht auf die Tatsachen hin, wie wir sie verstehen, verteidigt werden.

Die Tötung von unschuldigen Frauen und Kindern kann nicht gerechtfertigt werden, ob nun die Tötung durch Ertränken oder Aushungerung erfolgt. Keine Nation kann die Unmenschlichkeit ihrer Feinde erfolgreich als Entschuldigung für eigene gebrauchen. Trotzdem es wahr ist, daß Grausamkeit größere Grausamkeit nach sich zieht, kann man doch nicht sagen, „dasselbe kuriert dasselbe." Selbst im Kriege können wir nicht die Verpflichtung beiseite stellen, daß Böses durch den Einfluß eines guten Beispiels geheilt werden sollte. „Lasset euer Licht leuchten" ist ein Sprichwort, das keine Zeiten oder Zeitabschnitte kennt, ebenso wie es weder Längen- noch Breitengrade kennt.

Drittens — Versuchen Sie nicht, die Unterhandlungen zwischen den Ver. Staaten und Deutschland und die zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien zu verbinden. Die Fälle unterscheiden sich von einander. Doch selbst wenn es die gleichen wären, so würde es doch notwendig sein, mit jeder Nation separat zu verhandeln. Es war mein persönliches Vorrecht, wiederholt zu betonen, daß die Alliierten sich nicht in unseren Handel mit neutralen Nationen einmischen sollten. Doch die Differenz in diesem Punkte war eine Sache des Urteils und nicht des Grundsatzes. In der Note an Großbritannien vom 30. März hieß es:

Inbezug auf die Versicherungen, welche dieser Regierung formell gegeben wurden, wird vertrauensvoll erwartet, daß die durch den Ratsbefehl weiter ausgedehnte Vollmacht durch Regierungsbefehle eingeschränkt werden wird, da, wenn die Bestimmungen des Ratsbefehls praktisch angewandt werden, sie die neutralen Rechte verletzen und den rechtmäßigen Handel stören würden. Da die Ver. Staaten auf die vorläufigen Versicherungen der Königlichen Regierung sich verlassen, nehmen sie an, daß amerikanische Handelsschiffe nach den an der langen Küste gelegenen neutralen Häfen nicht infolge des neuen Ratsbefehls belästigt werden, wenn sie keine Waren, die als Kriegskonterbande bezeichnet werden können, nach neutralen Häfen bringen oder dort einnehmen."

Es ist zweifellos, daß unsere Regierung bei dieser Stellung verharren wird. Das ist wichtig. Daß ich wünschte, die Sache möge mit Großbritannien sofort aufgenommen werden, geschah nicht deswegen, weil ich glaubte, Deutschland habe ein Recht solches zu verlangen, sondern ich wollte es für Deutschland so leicht wie möglich machen, die Forderungen der Ver. Staaten anzunehmen und den Unterseekrieg gegen Handelsschiffe aufzugeben. Es liegt gar kein Grund dafür vor, daß ein Deutsch-Amerikaner des Präsidenten lautere Absicht in dieser Angelegenheit in Frage stellen sollte. Ich bin sicher, daß jeder erkennen wird, daß es unsere Pflicht ist, vor allem den Verlust an Menschenleben zu verhüten als gegen die Einmischung in den Handel einzuschreiten. Der Handelsverlust kann durch Geldentschädigung gedeckt werden. Doch kein Einvernehmen zwischen den Ver. Staaten und Deutschland kann das Leben jener zurückrufen, die auf der „Lusitania" untergegangen sind — und ein Krieg würde die kostspieligste aller Verständigungen sein, da ein solcher Unzählige dieser Totenzahl hinzufügen würde.

Viertens — Ich hoffe, daß Deutschland in die geteilten Forderungen einwilligen wird und ich hoffe, daß es das bedingungslos tun wird. Es kann sich auf die Ver. Staaten verlassen, daß sie gerecht bei einer Erörterung irgend welcher Veränderungen der Bestimmungen des Völkerrechts inbezug auf Prisenverfahren werden. Je nobler Deutschland handelt, wird, desto größerer Ehre darf es versichert sein. Es hat eine Frage aufgeworfen, die jetzt die ernsteste Beachtung findet, nämlich, ob die Einführung der Unterseeboote irgend welche Aenderungen der Bestimmungen für die Kaperung von Prisen notwendig mache. Die Stellung, welche Deutschland augenscheinlich einnimmt, ist die, daß es das Recht habe, Nichtkombattanten zu ertränken, wenn solche auf Schiffen mit Konterbande reisen. Das ist ein unhaltbarer Standpunkt. Was Deutschland höchstens verlangen könnte, sind neue Bestimmungen, daß Passagiere von Konterbandeschiffen fernzubleiben haben. Wenn die Anwendung von Unterseebooten solch eine Aenderung der Blockadegesetze rechtfertigt, daß die Sperre soweit von der Küste fern gehalten wird, daß eine Gefahr eines Unterseebootangriffs verhütet wird, mag es da nicht möglich sein, eine internationale Abmachung zu erlangen, die es Passagieren verbietet, auf Schiffen, die Konterbande oder Munition befördern, zu reisen?

Dies würde nur eine geringe Aenderung der Schiffahrtsgesetze erfordern. Kriegführende Nationen mögen auch dazu gebracht werden, die Konterbandeliste nicht unnötigerweise zu vergrößern, wenn sie gezwungen würden, Konterbande so zu befördern, wie sie jetzt Truppen be-

The Grain Growers' Grain Co. Winnipeg Union Strength

Beim Farmer ist Zeit die Hauptsache

Jahreszeiten lassen sich nicht ändern — Ihre Arbeit muß während einer bestimmten Zeit gemacht werden, oder sie muß unverrichtet bleiben. Oft bedeuten für den Farmer Stunden Dollars.

G. G. G. Farmgerätschaften

bedeuten Stunden gespart und Dollars verdient. Weil — sie von den besten erhältlichen Material und von